



## Kuba

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
11,2 Millionen	Christen	70 %
	Religionslose	15 %
	Animisten	15 %

### **Kuba – Einparteiensstaat unter kommunistischer Führung**

Die Republik Kuba ist ein Einparteiensstaat. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden von der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) gesteuert und gelenkt. Nach der kubanischen Revolution im Jahr 1959 war es Fidel Castro, der als Staats- und Regierungschef das Land maßgeblich geprägt hat. 2008 gab er das Präsidentenamt an seinen Bruder Raúl Castro ab und zog sich aus der Politik zurück. Am 25. November 2016 ist er im Alter von 90 Jahren verstorben. Im September 2015 hatte er in Havanna Papst Franziskus während dessen Kubareise zu einem Gespräch empfangen. Unter Raúl Castro kam es zu einigen zaghaften politischen Reformen. So wurden zum Beispiel in der staatlich gelenkten Wirtschaft auch selbständige Kleinunternehmer zugelassen. Nach wie vor übt der Staat aber eine strenge Kontrolle über alle Lebensbereiche aus. Die Entstehung einer Zivilgesellschaft wird systematisch verhindert. Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt, die öffentliche Meinung wird von den staatlich gelenkten Medien beherrscht. Oppositionelle Kräfte und politisch Andersdenkende werden unterdrückt. Neben der Kommunistischen Partei sind keine anderen politischen Parteien zugelassen.

Im April 2018 legte Raúl Castro mit 86 Jahren sein Amt als Präsident nieder. Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident, Miguel Díaz-Canel. Ob dieser den Kurs der vorsichtigen Öffnung fortsetzen wird, bleibt abzuwarten.

### **Religiöses Leben unter staatlicher Kontrolle**

Religiöse Gemeinschaften auf Kuba müssen sich staatlich registrieren lassen. Die Registrierung erfolgt in einem aufwendigen Verfahren beim Justizministerium. Nur staatlich registrierte religiöse Gemeinschaften dürfen ihr religiöses Leben praktizieren, also insbesondere ihre Gottesdienste feiern.

Alle religiösen Aktivitäten, die über den gewöhnlichen regelmäßigen Gottesdienst hinausgehen, müssen zuvor von den zuständigen lokalen Behörden genehmigt werden: also etwa Gebetsveranstaltungen außerhalb der gewöhnlichen Gebetsstätten, Prozessionen, Reparaturen an oder der Neubau von Gebetsstätten und Versammlungsräumen, der Import von religiöser Literatur aus dem Ausland, der Empfang von ausländischen Besuchern oder die Reise ins Ausland für religiöse Zwecke. In vielen Fällen ist der Staat dabei aber sehr restriktiv und verweigert die entsprechenden Genehmigungen, etwa für Auslandsreisen oder für den Besuch von ausländischen Gästen. Auch der Zugang zu den Medien unterliegt weiterhin starken Beschränkungen.

Wer sich den strengen staatlichen Kontrollen entzieht, muss mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Religiöse Führer, die sich der Kooperation mit dem Staat verweigern und der rigiden staatlichen Kontrolle und staatlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Religionsgemeinschaft entziehen wollen, werden vom Staat schikaniert und unter Druck gesetzt. Das geht bis hin zu Verhaftungen und Gefängnisstrafen.

Gläubige erleben immer noch Benachteiligungen am Arbeitsplatz, vermutlich wegen ihres christlichen Bekenntnisses. Bis heute gibt es noch keinen wirklichen Durchbruch bei der Rückgabe ehemaliger kirchlicher Gebäude, die der Staat vor vier Jahrzehnten beschlagnahmt hat.

### **Katholische Kirche in Kuba**

Etwa sechzig Prozent der Kubaner sind katholisch getauft, aber nur ein kleiner Teil von ihnen praktiziert den Glauben auch. Seit Jahrzehnten wird die katholische Kirche unterdrückt, wenngleich sich seit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in Kuba im Januar 1998 die Situation leicht verbessert hat.

Infolge der Repressionen durch das kommunistische Regime herrscht auf Kuba ein extremer Priestermangel. Es gibt nur etwa 360 Geistliche für etwa 6,7 Millionen Katholiken. Auf einen Priester kommen so fast 19 000 Gläubige. Im öffentlichen gesellschaftlichen Leben hat die katholische Kirche nur eine marginale Rolle. Schon bald nach der Machtergreifung der Kommunisten im Jahr 1959 waren die kirchlichen Schulen auf Anordnung des

Staates geschlossen worden. Rund 2500 Priester und Ordensleute wurden in den 1960er-Jahren des Landes verwiesen.

Die katholische Kirche auf Kuba ist in elf Diözesen organisiert. Die führende Persönlichkeit in der katholischen Kirche auf Kuba war für viele Jahre der Erzbischof von Havanna, Jaime Kardinal Ortega y Alamino. Von 1981 bis April 2016 leitete er die Erzdiözese von Havanna. Er hatte gute Kontakte zur kommunistischen Regierung, aber auch zu oppositionellen Kreisen, und hatte auf diese Weise einen gewissen Einfluss. So konnte er als Vermittler mehrfach die Freilassung von politischen Gefangenen bewirken. Dreimal wurde er von den kubanischen Bischöfen zum Vorsitzenden ihrer nationalen Bischofskonferenz gewählt. Neuer Erzbischof in Havanna ist jetzt Juan de la Caridad Garcia Rodriguez.

Katholische Kirchenvertreter äußern sich immer wieder kritisch zur gesellschaftlichen Lage auf Kuba, vermeiden jedoch eine Fundamentalopposition.

### **Andere Religionsgemeinschaften**

Rund fünf Prozent der Kubaner gehören zur Protestantischen Kirche (vor allem Pfingstkirchen und Baptisten). Darüber hinaus gibt es zahlreiche kleinere religiöse Gemeinschaften. Besonders unter der afro-kubanischen Bevölkerung gibt es viele Anhänger der Santeria, die aus einer Mischung von Elementen animistischer Religionen aus Westafrika und Elementen des Christentums besteht.

Viele protestantische Christen gehören zu sogenannten Hauskirchen, von denen es mehrere Tausend in Kuba gibt. Für diese Gemeinden gibt es eigene gesetzliche Bestimmungen. Jede Hauskirche ist verpflichtet, sich bei den staatlichen Behörden registrieren zu lassen und muss dabei genaue Angaben etwa über die Mitglieder und die Leiter der Gemeinde und über die Gottesdienste und religiösen Aktivitäten machen.

### **Schikanen gegen Bürgerrechtler und Menschenrechtsaktivisten**

Laut Auskunft von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (AI) oder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

sind grundlegende Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit oder Pressefreiheit weiterhin sehr eingeschränkt, ebenso die Religionsfreiheit.

Die Medien befinden sich unter der Kontrolle der Regierung, der Zugang zum Internet ist eingeschränkt. Eine unabhängige Berichterstattung gibt es nicht. Journalisten, die Informationen verbreiten, die nicht offiziell freigegeben sind, erfahren häufig Repressionen durch staatliche Behörden. Noch immer gilt Kritik an der Regierung als „konterrevolutionärer Akt“, der Geldbußen oder Gefängnis zur Folge haben kann. Regierungskritiker und politisch engagierte Bürger wurden zum Teil vorsorglich inhaftiert, um sie auf diese Weise daran zu hindern, an öffentlichen Kundgebungen oder privaten Treffen teilzunehmen. Die Organisation Amnesty International berichtet, dass in Kuba Menschenrechtsaktivisten, Regierungskritiker und politisch engagierte Bürger „weiterhin in hoher Zahl belästigt, eingeschüchtert und willkürlich inhaftiert werden“, und zitiert dabei Zahlen der „Kubanischen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung“: Danach gab es 9940 willkürliche Verhaftungen im Jahr 2016 und 5155 im Jahr 2017. Häufig werden die Verhafteten verbal eingeschüchtert oder gar körperlich misshandelt, bevor sie nach einigen Tagen wieder freigelassen werden. Durch derartige Einschüchterungen und Misshandlungen soll die kubanische Demokratiebewegung klein gehalten werden.

Regelmäßige Schikanen gibt es auch gegen die „Damen in Weiß“. Jeden Sonntag werden die Aktivistinnen dieser Bewegung für einige Stunden verhaftet oder daran gehindert, ihre Häuser zu verlassen. So soll verhindert werden, dass sie Gottesdienste besuchen oder an Protestmärschen teilnehmen. Im Gefängnis kommt es gelegentlich auch zu körperlicher Gewalt gegen die Aktivistinnen. Die „Damen in Weiß“ zählen zu den bekanntesten Bürgerrechtsbewegungen in Kuba. Es handelt sich dabei um Ehefrauen und Mütter von politischen Gefangenen, die regelmäßig für die Freilassung politischer Häftlinge demonstrieren. Nach dem Sonntagsgottesdienst gehen sie in Weiß gekleidet, schweigend und mit Blumen in den Händen durch Havanna und andere Städte Kubas. Die Gruppe ist 2003 gegründet worden, als Reaktion auf den sogenannten „Schwarzen Frühling“, bei dem zahlreiche Regimekritiker festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

## Historische Annäherung zwischen den USA und Kuba

Im Dezember 2014 kam es zu einem Ereignis von historischer Bedeutung. US-Präsident Barack Obama und Kubas Staatspräsident Raúl Castro gaben gemeinsam bekannt, dass ihre Länder nach 53 Jahren wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen würden. Diese waren im Januar 1961 vor allem wegen wirtschaftlicher und politisch-ideologischer Spannungen abgebrochen worden. Die kubanische Regierung hatte Bürger und Unternehmen der USA enteignet, indem es deren Eigentum auf Kuba im Umfang von rund einer Milliarde US-Dollar konfiszierte. Daraufhin verhängten die USA eine umfangreiche Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba. Dieses Wirtschaftsembargo hatte schwerwiegende Beeinträchtigungen für Kuba zur Folge und führte zu einer Verarmung der Bevölkerung.

Die Kubanische Bischofskonferenz verurteilte die Handelsblockade erstmals 1969. Papst Johannes Paul II. verurteilte das Embargo während seiner Kubareise im Januar 1998, ohne jedoch die USA namentlich zu nennen. Die Kuba von außen aufgezwungenen Maßnahmen seien „ungerecht und ethisch inakzeptabel“, sagte er in seiner Abschiedsrede. Sie seien eine der Ursachen für die „moralische und materielle Armut“, unter der Kubas Bevölkerung zu leiden habe. Auch Papst Benedikt XVI. kritisierte die Wirtschaftsblockade bei seinem Kubabesuch im März 2012 und bezeichnete die Maßnahmen als eine „unfaire Belastung“ für die Menschen im Land.

Die jetzige diplomatische Wiederannäherung der beiden Staaten war maßgeblich durch Initiativen von Papst Franziskus gefördert worden. Mit persönlichen Briefen an die Staatspräsidenten Barack Obama und Raúl Castro und mit Telefonaten hatte der Papst entscheidend mitgewirkt, um dieser Annäherung den Weg zu bahnen. Auch der damalige Erzbischof von Havanna, Jaime Kardinal Ortega, spielte dabei eine wichtige Rolle. Im Oktober 2014 trafen sich dann diplomatische Vertreter der USA und Kubas im Vatikanstaat, sozusagen auf „neutralem Boden“, zu direkten Verhandlungen. Nach der offiziellen gemeinsamen Absichtserklärung im Dezember 2014 wurden schließlich im Juli 2015 die diplomatischen Beziehungen offiziell wiederaufgenommen.

Schon seit längerer Zeit hatte sich der Vatikan intensiv für die Interessen des kubanischen Volkes eingesetzt. Er hatte nicht nur ein Ende des US-amerikanischen Handelsembargos gefordert, sondern auch die Freilassung politischer Gefangener durch das kubanische Regime. Als Papst Johannes Paul II. im Jahr 1998 Kuba besuchte, forderte er: „Kuba muss sich der Welt öffnen und die Welt muss sich Kuba öffnen.“ Auch Papst Benedikt XVI. forderte bei seinem Besuch auf Kuba im März 2012 eine stärkere Öffnung des Landes und eine Ausweitung der Freiheitsrechte, darunter vor allem auch der Religionsfreiheit.

Unter US-Präsident Donald Trump haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder verschlechtert. Trump nahm einige Maßnahmen der Obama-Regierung wieder zurück, mit der Absicht, größeren Druck auf die kubanische Regierung auszuüben. Die US-Botschaft in Kubas Hauptstadt Havanna bleibt zwar geöffnet, jedoch mit deutlich weniger Personal.

### **Kubareise von Papst Franziskus**

Vom 19. bis 22. September 2015 besuchte Papst Franziskus Kuba. Es war sozusagen der krönende Abschluss seiner diplomatischen Vermittlung zwischen Kuba und den USA, die zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen geführt hatte.

Nach der Landung auf dem Flughafen der Hauptstadt Havanna wurde Papst Franziskus von Präsident Raúl Castro begrüßt. Bei der Begrüßungszeremonie rief der Papst zu Freiheit, Dialog und zur Achtung der Menschenwürde auf. Kuba könne ein Ort der Begegnung sein, an dem sich Völker in Freundschaft versammeln, sagte Papst Franziskus und fuhr fort: „Kuba ist ein Archipel, das in alle Richtungen schaut, mit einem außerordentlichen Wert als Schlüssel zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West.“

Am zweiten Tag seiner Reise traf Papst Franziskus in Havanna mit dem früheren Präsidenten des Landes, Fidel Castro, zusammen. Das Gespräch dauerte eine gute halbe Stunde und verlief nach Vatikanangaben „sehr familiär und zwanglos“. Anwesend waren auch Castros Frau und weitere Familienangehörige. Der Papst wurde begleitet vom vatikanischen Botschafter auf Kuba, Erzbischof Giorgio Lingua. Anschließend besuchte der Papst Staats-

präsident Raúl Castro im „Palast der Revolution“ in Havanna. Am Vormittag hatte der Papst in der Kathedrale von Havanna eine Messe mit Priestern, Ordensleuten und Seminaristen gefeiert. Dabei betonte er, die Kirche müsse sich stärker um die Armen und Benachteiligten der Gesellschaft kümmern.

Am dritten Tag seiner Reise besuchte Papst Franziskus die Stadt Holguin im Osten der Insel. In der Messfeier auf dem „Platz der Revolution“ mit Zehntausenden von Menschen ermutigte der Papst die Gläubigen, sich trotz aller Schwierigkeiten für die Menschen einzusetzen: „Ich weiß, unter wie viel Anstrengung und Opfer die Kirche auf Kuba arbeitet, um allen, auch in den am weitesten abgelegenen Orten, das Wort und die Gegenwart Christi zu bringen.“ Wegen des Mangels an Kirchen und Priestern böten oft nur die sogenannten Missionshäuser den Menschen einen Raum zum Gebet und Gemeindeleben.

Bei einer Messe im kubanischen Nationalheiligtum der Barmherzigen Jungfrau von Cobre in Santiago de Cuba am vierten Tag seiner Reise sagte der Papst, der christliche Glaube sei trotz aller Schwierigkeiten in der Geschichte immer ein Teil des kubanischen Volkes geblieben. Das Christentum gehöre zu den Wurzeln und zur Identität Kubas. Ausdrücklich dankte der Papst den Müttern und Großmüttern, die den Glauben in den Familien lebendig gehalten hätten.

Der kommunistische Staatspräsident Kubas, Raúl Castro, nahm während des Papstbesuches an drei katholischen Messfeiern in Havanna, Holguin und Santiago de Cuba teil.

### **Historisches ökumenisches Treffen zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kyrill**

In einer historischen Begegnung ist Papst Franziskus am 12. Februar 2016 auf dem Flughafen der kubanischen Hauptstadt Havanna mit dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., zusammengetroffen. Es war das geschichtlich erste Treffen eines Papstes mit einem orthodoxen Patriarchen von Moskau überhaupt. Das zeitliche Zusammenfallen einer Mexiko-Reise des Papstes und einer Lateinamerika-Reise des

Patriarchen machte dieses Treffen auf neutralem Boden in der „Neuen Welt“ möglich. Wie der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion Alfejew, erläuterte, hatte Patriarch Kyrill ein Treffen in Europa immer für unangebracht gehalten, weil mit diesem Kontinent die Geschichte von Trennungen und Konflikten verbunden sei. Am Ende des rund dreistündigen Treffens wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die acht Seiten und 30 Punkte umfasst. Darin warnen der Papst und der Patriarch – angesichts der Konflikte im Nahen Osten – eindringlich vor der Gefahr eines neuen Weltkriegs. Insbesondere sprechen sie auch das Problem der Christenverfolgung im Nahen Osten und in Nordafrika an. Angesichts der immensen Gewalt gegen die Christen in diesen Gebieten müssten die Kirchen gemeinsam für deren Rechte eintreten und zu ihrem Schutz zusammenarbeiten. Insgesamt müsse mehr für die Achtung der Religionsfreiheit weltweit getan werden. Dabei beklagten sie auch Einschränkungen der Rechte von Christen in Europa durch einen „oft sehr aggressiven Säkularismus“. Nach der Unterzeichnung betonten die Kirchenführer den Wunsch nach einer intensiveren Zusammenarbeit und der Wiederherstellung der christlichen Einheit.

### **Exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt sowie wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

September 2015: Nur wenige Tage vor der Kubareise von Papst Franziskus wurden in Santiago de Cuba mehr als einhundert Regimekritiker festgenommen. Am 8. September, dem Patronatsfest der „Barmherzigen Jungfrau von Cobre“, hatten sie versucht, am Gnadenbild die Kopie eines Briefes niederzulegen, den sie an Papst Franziskus geschickt hatten. In dem Schreiben hatten sie den Papst um Solidarität mit den politischen Gefangenen, den „Damen in Weiß“ und all jenen gebeten, die vom kubanischen Regime unterdrückt würden. Einige der Verhafteten wurden noch in der Nacht wieder freigelassen. Ebenfalls im September kündigte die Regierung die Freilas-

***In der kubanischen Revolution im Jahr 1959 konnten die Kommunisten auch in Kuba die Macht an sich reißen. In den Folgejahren versuchten sie, entsprechend ihrer atheistischen Ideologie, alles religiöse Leben im Land auszulöschen. Auch die katholische Kirche wurde bekämpft: Kirchliche Schulen wurden verstaatlicht, Priester und Ordensleute des Landes verwiesen, Kirchen wurden zerstört oder geschlossen und verfielen.***



sung von etwa 3500 Gefängnisinsassen an. Exilkubaner in den USA kritisierten allerdings, dass darunter keine politischen Gefangenen seien.

September 2015: Nach dem Besuch von Papst Franziskus auf Kuba berichteten regierungskritische Organisationen, dass es rund um den Papstbesuch mehr als zweihundert Fälle von Verhaftungen und Einschüchterungen gegeben habe. Die Sprecherin der „Damen in Weiß“, Berta Soler, berichtete von rund siebzig Frauen, die durch Polizei oder Geheimdienst belästigt, eingeschüchtert oder gar verhaftet worden seien. Einzelne Frauen seien innerhalb von 24 Stunden gleich zwei- oder dreimal verhaftet worden. Ursprünglich hatte Papst Franziskus wohl vor, sich auch mit Regimekritikern zu treffen, zwar nicht zu einem Gespräch, wohl aber zu einer kurzen Begegnung, wie Vatikansprecher Federico Lombardi vor Journalisten in Havanna sagte. Dazu ist es aber nicht gekommen, obwohl es vorher telefonische Kontakte gegeben habe. Die Regimekritikerinnen Berta Soler und Martha Beatriz Roque Cabello berichteten hinterher, sie seien von staatlichen Sicherheitskräften daran gehindert worden, den Papst in der Nuntiatur in Havanna aufzusuchen.

September 2015: Noch während des Papstbesuches auf Kuba gab die kubanische katholische Kirche bekannt, dass sie von den staatlichen Behörden die Genehmigung zum Bau von drei neuen Kirchen erhalten habe. Sie sollen in der Hauptstadt Havanna, in Pinar del Rio und in Santiago de Cuba errichtet werden. Es sind die ersten Neubauten seit der kubanischen Revolution 1959. Die Kirche in Havanna soll den Namen „Johannes Paul II.“ tragen.

Oktober 2015: In einem Beitrag im kirchlichen Magazin „Palabra Nueva“, das vom Erzbisum Havanna herausgegeben wird, heißt es, nach dem Besuch von Papst Franziskus in Kuba müsse die Regierung jetzt alle Beschränkungen für religiöse Tätigkeiten aufheben, damit sich das kirchliche Leben frei entfalten könne. Andernfalls bliebe dieser Besuch nur eine Randnotiz. Nur eine vollständige Öffnung im religiösen Bereich könne die Kräfte freisetzen, die für den Prozess des gesellschaftlichen Wandels in Kuba nötig wären.

November 2015: In einer neuen Verhaftungswelle wurden annähernd 250 Regimekritiker festgenommen. Das meldete die oppositionelle „Patrioti-

sche Union Kubas“ (UNPACU). Dabei sei es in einigen Fällen auch zu gewalttätigen Übergriffen der staatlichen Organe gekommen. Ausgelöst wurde die Verhaftungswelle durch den Aufruf von Bürgerrechtlern, an einer Kampagne teilzunehmen, die die Freilassung aller politischen Gefangenen auf Kuba zum Ziel hatte. Einige Tage zuvor hatte die UNPACU eine Liste mit 142 Personen veröffentlicht, die während des Papstbesuches im September 2015 festgenommen worden waren. Die Kubanische Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung (CCDHRN) meldete, dass im Oktober 2015 mindestens 1093 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden seien, manche nur für einige Stunden, andere für mehrere Tage. Die Organisation klagte auch über besorgniserregende Zustände in kubanischen Gefängnissen. Rund 200 politische Gefangene würden sich in Umerziehungs- und Arbeitslagern befinden.

November 2015: In einem Interview mit der Deutschen Welle beklagte sich die Sprecherin der Bürgerrechtsbewegung „Damen in Weiß“, Berta Soler, über mangelnde Unterstützung aus dem Ausland. „Keine Regierung erhebt ihre Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen in Kuba oder fordert, dass die Polizeigewalt aufhört“, so Soler. Bei ihrem letzten sonntäglichen Protestmarsch seien mehrere Frauen festgenommen und dabei zum Teil „brutal geschlagen“ worden, einige hätten Schädelverletzungen erlitten. Trotz der Öffnung Kubas und der Annäherung an die USA sei die Situation für die politische Opposition in Kuba nicht besser geworden, beklagte sich Soler. „Vielmehr erleben wir seit zehn Jahren, dass es keinerlei Garantien für die Zivilgesellschaft gibt. Anstatt diese zu stärken, ist es das kubanische Regime, das immer mächtiger wird.“ An einem Dialog mit der Zivilgesellschaft habe Kubas „totalitäre Regierung“ kein Interesse.

Februar 2016: Zu einem kirchengeschichtlich historischen Ereignis kam es am 12. Februar 2016 auf dem Flughafen der kubanischen Hauptstadt Havanna. Dort trafen Papst Franziskus und der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. zu einem mehrstündigen Gespräch zusammen. Es war das geschichtlich erste Treffen eines Papstes mit einem orthodoxen Patriarchen von Moskau überhaupt. Beide befanden sich auf einer Lateinamerikareise.

April 2016: Mit 79 Jahren trat Jaime Kardinal Ortega y Alamino von seinem Amt als Erzbischof von Havanna zurück. Seit 1981 hatte er die

Erzdiözese geleitet und sich dabei zu einem der einflussreichsten Kirchenführer Lateinamerikas entwickelt. Wegen seiner Kontakte sowohl zur kubanischen Regierung als auch zu oppositionellen Kreisen konnte er häufiger eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen. Eine maßgebliche Rolle spielte er auch bei der Wiederannäherung zwischen Kuba und den USA. Sein Nachfolger in der Leitung der Erzdiözese wurde Erzbischof Juan de la Caridad Garcia Rodriguez. Mit seinem Amtsantritt fiel die Rückgabe einer Kapelle zusammen, die der kommunistische Staat der katholischen Kirche im Zuge der Enteignungen vor mehr als 50 Jahren weggenommen hatte.

Mai 2016: Als die Bürgerrechtlerin Berta Soler zusammen mit weiteren Mitgliedern der Bürgerrechtsorganisation „Frauen in Weiß“ sowie einer Gruppe von Regimekritikern den Amtseinführungsgottesdienst des neuen Erzbischofs von Havanna, Juan de la Caridad Garcia Rodriguez, besuchen wollte, wurde die Gruppe auf dem Weg zur Kathedrale von kubanischen Sicherheitskräften aufgehalten. Soler wurde verhaftet. Das regierungskritische Internetportal 14ymedio meldete anschließend, Berta Soler drohe nun eine Gefängnisstrafe wegen Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

August 2016: Ein Mitarbeiter der Päpstlichen Nuntiatur in Kuba besuchte den prominenten kubanischen Dissidenten Guillermo Farinas, der zwei Wochen zuvor in einen Hungerstreik getreten war, um gegen die Gewalt der kubanischen Staatssicherheit gegen politische Oppositionelle zu demonstrieren. Farinas war selbst von Sicherheitskräften misshandelt worden, als er sich für einen verhafteten Oppositionellen einsetzen wollte. Mit seiner Aktion wollte Farinas die kubanische Regierung auch dazu auffordern, in einen Dialog mit der verbotenen Opposition zu treten. Dazu hatte er einen offenen Brief an Staatspräsident Raul Castro geschrieben und diesen dazu aufgefordert, einen seiner Vize-Präsidenten zu beauftragen, ein Treffen mit den zwölf wichtigsten Oppositionellen zu organisieren. Seinen Hungerstreik wolle er erst dann beenden, wenn Präsident Castro öffentlich erkläre, dass Regime-Gegner nicht länger gefoltert, geschlagen und mit dem Tode bedroht würden. Nach 54 Tagen musste er seinen Hungerstreik aber erfolglos abbrechen. Farinas ist Koordinator der nicht zugelassenen Oppositionspartei „Front Anti-Totalitäre Einheit“.

November 2016: Nachdem Papst Franziskus im Heiligen Jahr der Barmherzigkeit einen Appell an die Staatschefs gerichtet hatte, Gefangene freizulassen, schloss sich auch der Kubanische Staatsrat unter Leitung von Präsident Raúl Castro dieser Initiative an und verkündete eine Amnestie. Der Oberste Gerichtshof ordnete daraufhin die Freilassung von 787 Häftlingen aus humanitären Gründen an.

November 2016: In einem Artikel im kirchlichen Magazin „Palabra Nueva“, das von der Erzdiözese Havanna herausgegeben wird, forderte Erzbischof Juan de la Caridad Garcia den kubanischen Staat auf, der katholischen Kirche innerhalb der kubanischen Gesellschaft mehr Freiheiten einzuräumen. „Die Kirche will Schulen oder Räume in Schulen“, schrieb der Erzbischof. Auch einen dauerhaften Zugang zu den Medien fordere die Kirche. Diese Forderungen entsprächen auch dem Wunsch eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung. Eine Änderung forderte Erzbischof Garcia in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche. Diese sind in Kuba (im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Lateinamerikas) bislang legal. Abtreibung sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte, so der Erzbischof.

November 2016: Die Kubanische Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung (CCDHRN) prognostizierte für 2016 einen neuen Höchststand „politisch motivierter willkürlicher Festnahmen“. Die Zahl werde in 2016 vermutlich mehr als 10 000 betragen und damit deutlich höher liegen als in 2015 (8616 Fälle) und in 2014 (8899 Fälle). Seit Jahresbeginn 2016 seien bereits 9125 derartige politische Festnahmen registriert worden.

November 2016: Am 25. November 2016 starb der Revolutionsführer und langjährige Staatspräsident und Regierungschef Fidel Castro im Alter von 90 Jahren. Die katholische Kirche in Kuba wandte sich daraufhin an die Bevölkerung des Landes, warnte vor neuen Spannungen innerhalb der Gesellschaft und rief die Nation zur Geschlossenheit auf. Ihr Kondolenzschreiben schlossen die Bischöfe mit einem Zitat des kubanischen Nationalhelden und Unabhängigkeitskämpfers Jose Martí: „Ein Vaterland mit allen und für das Wohl von allen.“ Vertreter der kubanischen Opposition zeigten sich pessimistisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Kuba. „Hier wird sich nichts ändern“, wurde Berta Soler, Sprecherin der Bürger-

rechtsbewegung „Damen in Weiß“, in den Medien zitiert. „Die einzige gute Nachricht ist, dass wir einen Diktator weniger haben. Aber uns bleibt noch ein anderer, denn Raul ist ebenso ein Diktator wie Fidel“, so die Aussage von Soler. „Wenn wir einen demokratischen Übergang auf Kuba haben wollen, dann muss das ohne diese Familie an der Macht sein“, meinte sie. Ein anderer Regimekritiker, Jose Daniel Ferrer von der verbotenen Oppositionsbewegung „Union Patriótica“ (UNPACU), befürchtete sogar „mehr Kontrolle und mehr Unterdrückung gegen die Opposition“ und andere gesellschaftliche Kräfte, die eine Gefahr für die Diktatur darstellen könnten.

Dezember 2016: Im Dezember 2016 hat die katholische Kirche in Kuba ein eigenes Internetportal freigeschaltet. Unter der Webadresse [iglesiacubana.org](http://iglesiacubana.org) präsentiert die Kirche ihr religiöses Leben, bringt Berichte aus den verschiedenen Diözesen, bietet Texte der Liturgie und vieles mehr. Allerdings haben nur wenige Einwohner Kubas Zugang zum Internet.

Januar 2017: Der Vater des seit Ende November 2016 inhaftierten kubanischen Dissidenten Eduardo Cardet wandte sich über die päpstliche Nuntiatur in Kuba mit der Bitte um Hilfe an Papst Franziskus. Cardet ist Koordinator der offiziell nicht zugelassenen kubanischen Oppositionspartei „Christliche Befreiungsbewegung“ (MCL). Bei der Verhaftung ist Cardet laut Angaben seines Vaters geschlagen und bedroht worden.

Februar 2017: Der neue Erzbischof von Havanna, Juan de la Caridad Garcia Rodriguez, empfing im Februar 2017 die Sprecherin der Bürgerrechtsbewegung „Damen in Weiß“, Berta Soler, zu einem Gespräch. Dabei ging es insbesondere um die jüngsten Repressionen von staatlicher Seite gegen Dissidenten und Oppositionspolitiker in Kuba. Soler beklagte in dem Gespräch, dass die „Damen in Weiß“ durch staatliche Kräfte inzwischen an jeglichem Gottesdienstbesuch gehindert würden. Die katholische Kirche forderte sie auf, diese Menschenrechtsverletzungen öffentlich anzusprechen. Nach Angaben von Soler habe ihr der Erzbischof seine Unterstützung zugesagt.

März 2017: Lateinamerikanische Medien berichteten, dass der Koordinator der verbotenen Oppositionspartei „Christliche Befreiungsbewegung“

(MCL), Eduardo Cardet, zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, und zwar für einen angeblichen Angriff gegen einen Staatsbediensteten. Cardets Ehefrau warf den Behörden vor, Beweise manipuliert zu haben.

April 2017: Bei einem Sonntagsgottesdienst in der Kathedrale von Havanna wurden vier Regimekritiker verhaftet, die an der Messe teilnehmen wollten. Laut Augenzeugenberichten hatten Mitglieder des Inlandsgeheimdienstes an den Eingangstüren, aber auch im Innern der Kirche gezielt nach Oppositionellen Ausschau gehalten.

Mai 2017: Die katholischen Bischöfe Kubas unter der Leitung des Vorsitzenden der kubanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dionisio García Ibáñez (Santiago de Cuba), waren zu ihrem Ad-Limina-Besuch im Vatikan und wurden dort von Papst Franziskus in einer Audienz empfangen. Gegenüber Radio Vatikan sagte Erzbischof García Ibáñez, trotz zaghafter Ansätze für Reformen warte das kubanische Volk immer noch auf echte Veränderungen: „Kuba wartet auf die Veränderungen. Ich wiederhole: Es wartet auf Veränderungen! Einige gehen schneller als andere, aber wir Kubaner, egal welches unsere persönliche Einstellung ist, sind uns darüber im Klaren, dass das Volk unter besseren Bedingungen leben könnte, sei es in spiritueller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, und dass die Dinge sich ändern müssen.“

Juni 2017: Die Bürgerrechtsgruppe „Damen in Weiß“ wandte sich in einem Hilferuf direkt an Papst Franziskus. In der Petition baten sie den Papst darum, dass er sich im Gespräch mit der kubanischen Regierung dafür einsetzen möge, dass die „Damen in Weiß“ wieder an den sonntäglichen Gottesdiensten teilnehmen dürfen, ohne dafür staatliche Schikanen befürchten zu müssen.

Juli 2017: Weil die „Damen in Weiß“ von den staatlichen Behörden immer wieder an der Teilnahme am Sonntagsgottesdienst gehindert werden, teilweise unter Einsatz von Gewalt, feierten sie diesmal mit zwei katholischen Priestern einen Gottesdienst am Sitz der Organisation, wie das regierungskritische Internetportal „14ymedio“ berichtete. Nach Angaben der Sprecherin Berta Soler hätten die Vorbereitungen zu dem Gottesdienst im Verborgenen stattgefunden, so dass der Inlandsgeheimdienst nichts davon

erfahren habe. „Weil wir nicht in die Kirche kommen können, kommt die Kirche zu uns“, wird Soler in der Meldung zitiert.

Juli 2017: Drei Mitglieder der Bürgerrechtsorganisation CCDH, die auf einem Balkon der Kathedrale von Santiago de Cuba für die Einhaltung der Menschenrechte in Kuba demonstrierten, wurden schon nach wenigen Minuten von staatlichen Sicherheitskräften festgenommen. Die Demonstranten hatten unter anderem ein Plakat mit der Aufschrift „Das Volk fordert Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie“ hochgehalten. Die offiziell verbotene Oppositionspartei UNPACU veröffentlichte anschließend im Internet einen Videofilm über die Aktion. Wie das aus den USA sendende kubakritische „Radio Marti“ im August berichtete, hätten die staatlichen Behörden den Familienangehörigen der drei Demonstranten mitgeteilt, dass diese voraussichtlich zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt würden. Im Oktober 2017 wurden die drei Inhaftierten aber wieder freigelassen.

November 2017: Unter dem Titel „Your mind is in prison“ („Dein Geist ist im Gefängnis“) veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) einen Bericht, in dem sie dem kubanischen Staat Einschränkungen der Meinungsfreiheit vorwirft. „Menschen in Kuba verlieren wegen der leisesten Kritik an der Regierung oder auch nur den allgemeinen Lebensumständen ihre Arbeit. Schon eine beiläufig fallengelassene kritische Bemerkung über den Staat reicht den Behörden, um Angestellte zu entlassen“, sagte Horst Zaar, der Kuba-Experte bei Amnesty International in Deutschland. Der Staat sei mit Abstand der größte Arbeitgeber in Kuba. Gut 70 Prozent aller verfügbaren Stellen finden sich nach Angaben von AI im öffentlichen Dienst. Zugleich kontrolliere die Regierung auch den wachsenden privaten Sektor, die offizielle Gewerkschaft und die Gerichte.

Januar 2018: Zwanzig Jahre nach der Predigt von Papst Johannes Paul II. in Santiago de Cuba am 24. Januar 1998 veröffentlichten drei kubanische katholische Priester einen offenen Brief an Staatspräsident Raúl Castro, in dem sie den Präsidenten dazu aufrufen, für Kuba „Wahlen in Freiheit“ zuzulassen. Kritik äußerten die Priester an der „Abwesenheit des Rechtsstaats“ in Kuba. Dadurch, dass in Kuba die kommunistische Partei die einzige zugelassene politische Kraft sei, habe sich in allen Gesellschaftsschichten ein totalitärer Stil durchgesetzt. Die Kubaner trauten sich nicht

mehr, öffentlich ihre Meinung zu sagen. „Die Kubaner wissen, dass sie keine Meinungsfreiheit haben; sie sind vorsichtig, zu sagen, was sie denken und fühlen, weil sie mit Angst leben“, heißt es in dem Brief der Priester. Einem der drei Priester war es im Februar 2018 möglich, nach Rom zu reisen. Dort wurde er im Vatikan von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin empfangen, dem er eine Ausfertigung des offenen Briefes überreichte.

### **Quellen**

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Human Rights Watch*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*